

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Siegfried Helias, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/4313 –**

Aktuelle Planungen der Bundesregierung für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe für Kambodscha

Die in der Konsultativgruppe Kambodscha vereinigten Geber haben bei ihrem Treffen Ende Mai dieses Jahres in Paris beschlossen, die erreichten Reformfortschritte Kambodschas zu würdigen und dem von Bürgerkrieg und Wirtschaftskrisen zerrütteten Land 2001 eine Finanzhilfe in Höhe von 548 Mio. DM zu gewähren.

Gleichzeitig mahnten sie die notwendige Vertiefung der Reformschritte insbesondere bezüglich der Bekämpfung der Korruption, der illegalen Abholzung der Tropenwälder, der Demobilisierung und der Verringerung des Beamtenapparates an.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und auch die EU haben sich in erheblichem Umfang bei der Befriedung des Landes, dem Wiederaufbau und der Errichtung von Demokratie und Rechtsstaat engagiert. Besondere Bedeutung wurde hierbei der Umsetzung eines umfassenden Dezentralisierungsprozesses eingeräumt. Kernstück hiervon ist der Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung, für den die für kommendes Jahr vorgesehenen ersten demokratischen Gemeinderatswahlen den Grundstock legen sollen. Nach jüngsten Informationen soll sich gegen die Durchführung dieser Wahlen und das Vorantreiben dieses Dezentralisierungskonzepts bedauerlicherweise eine kritische bis ablehnende Position bei einzelnen kambodschanischen Regierungsvertretern und Gebern gebildet haben.

Die schwierige Situation Kambodschas wurde durch die gegenwärtige Flutkatastrophe erheblich verschlimmert. Die schweren Überschwemmungen haben die Existenzgrundlagen hunderttausender Familien entlang des Mekong-Flusses gerade auch in Kambodscha vernichtet. Große Teile der Reisernte sind vernichtet. Dies hat nach Angabe des World Food Programme WFP dazu geführt, dass die Bevölkerung einen Großteil des für die nächstjährige Ernte bestimmten Saatguts zur Nahrungsmittelversorgung verwendet hat, was im kommenden Jahr zu einer prekären Lebensmittelversorgung führen könnte. Eine erhebliche Zahl von Todesopfern ist zu beklagen. Die hygienischen Zustände

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 1. November 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

sind kritisch, weshalb der Ausbruch von Seuchen droht. Erst vor kurzem rekonstruierte Brücken und Straßenverbindungen wurden in großem Umfang weggerissen.

1. Welchen Finanzumfang hat jeweils die deutsche und EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Kambodscha gegenwärtig bzw. in den nächsten Jahren und auf welche Sektoren hat sie sich jeweils fokussiert?

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung hierbei der Erhaltung der Tropenwälder, insbesondere der Wälder in den Kardamon-Bergen und an der Grenze zu Vietnam und Laos, bei?

Der Finanzumfang der EU-Entwicklungszusammenarbeit in Kambodscha beläuft sich in den Jahren 1992 bis 2000 auf ca. 250 Mio. EURO. Darin sind Mittel aus den Bereichen ECHO (European Community Humanitarian Aid Office), Flüchtlinge, ländliche Entwicklung und Grundbildung enthalten. 1999 wurde im Asien-Lateinamerika-Ausschuss ein Projekt zur Reform der öffentlichen Verwaltung in Höhe von 4,9 Mio. EURO beschlossen. Die zukünftige Unterstützung durch die EU kann wegen der Vorbereitung des Finanzrahmens und laufender Verhandlungen mit Kambodscha nicht beziffert werden. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit wird nach dem von den Mitgliedsstaaten beschlossenen Länderstrategiepapier 2000 bis 2003 die Armutsbekämpfung sein.

Die Bundesregierung hat für die Jahre 1999/2000 Kambodscha Mittel in Höhe von 48 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Überflutungen wurden zusätzlich in diesem Jahr 15,0 Mio. DM für den Wiederaufbau von Straßen und anderen Infrastrukturen zugesagt. Zur Beschleunigung und Vertiefung des Demokratisierungsprozesses wurden außerdem zusätzlich 3,5 Mio. DM für die Rechtsberatung von Frauen und 4,0 Mio. DM für die Förderung der Dezentralisierung zugesagt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fokussiert sich auf die Förderung der Reformpolitik, Entwicklung menschlicher Ressourcen, einschl. Bildung und Gesundheit und Erhaltung der natürlichen Ressourcen, einschl. ländliche Infrastruktur.

Kambodscha gehört zu den Schwerpunktpartnerländern des BMZ. Kambodscha wird beim Wiederaufbau der Forstverwaltung und im Rahmen der Mekong River Commission bei der Erhaltung der Tropenwälder unterstützt. Bei dem diesjährigen Weltbank-Konsultativtreffen in Paris hat sich die Bundesregierung in der Frage des Ressourcenschutzes, insbesondere bei der Lizenzvergabe bzw. -annulierung in schutzwürdigen Waldflächen stark engagiert. Mit gleichem Anliegen wurden anlässlich der Reise von Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul Gespräche mit dem ADB-Repräsentanten in Kambodscha geführt. Die ADB hat in diesem Bereich die Sprecherrolle der Gebergemeinschaft übernommen.

2. Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen hinsichtlich der kritischen bis ablehnenden Einstellung einzelner kambodschanischer Regierungsangehöriger und Gebervetreter zu den Dezentralisierungsbestrebungen und den vorgesehenen Gemeinderatswahlen zu?

Während der Reise von Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul vom 7. bis 9. Oktober 2000 nach Kambodscha wurden zahlreiche politische Gespräche geführt. Es gab keine kritischen bzw. ablehnenden Einstellungen zu den Dezentralisierungsbestrebungen der kambodschanischen Regierung, auch nicht zu

den vorgesehenen Gemeinderatswahlen, um deren Unterstützung Premierminister Hun Sen ausdrücklich die deutsche Seite bat.

3. Beabsichtigt die Bundesregierung, ihren Einfluss insbesondere auf die EU geltend zu machen, sich substantiell an der Durchführung der vorgesehenen Gemeinderatswahlen zu beteiligen?

Über eine Beteiligung der EU an den Gemeinderatswahlen ist noch keine Entscheidung gefallen. Die Bundesregierung wird die Beteiligung der EU an einem solchen Prozess nachdrücklich unterstützen.

4. Welche Koordinierungs- und Kooperationsabmachungen hat die Bundesregierung im internationalen Geberkreis für die Entwicklungskooperation mit Kambodscha und insbesondere zur Durchführung der Dezentralisierung bzw. Stärkung der Gemeindeselbstverwaltung getroffen?

Die Bundesregierung wird Kambodscha in seinem Dezentralisierungsprozess unterstützen. Der Antrag der kambodschanischen Regierung auf „Unterstützung der Dezentralisierung und lokalen Selbstverwaltung“ wird derzeit geprüft. Hierzu wird noch in diesem Jahr eine Prüfkommision nach Kambodscha entsandt, um die Durchführung eines solchen Vorhabens abschließend zu klären. Auf die Antwort zu Frage 3 wird in diesem Zusammenhang ebenfalls verwiesen.

5. In welchem Umfang und auf welche Art gedenkt sich die Bundesregierung an der Bewältigung der schwer wiegenden Auswirkungen der Flutkatastrophe in Kambodscha, insbesondere auch an der Beseitigung der Langzeitfolgen, zu beteiligen?

Welche Unterstützungsmaßnahmen, gegebenenfalls auf Zuschussbasis, plant sie insbesondere für die Rehabilitierung der zerstörten kambodschanischen Verkehrsinfrastruktur?

Als unmittelbare Soforthilfe sagte Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul 2,5 Mio. DM zu. Hiervon werden 2,0 Mio. DM dem Welternährungsprogramm (WEP) bereitgestellt, um 200 000 Menschen für zwei Monate mit Nahrungsmitteln zu versorgen, sowie Wohnhäuser zu rehabilitieren, jeweils 30 Schulen und Gesundheitszentren instand zu setzen und circa 200 km ländlicher Straßen zu reparieren. Für 200 000 DM wurden Saatgut und Wasserkarister für die Trinkwasserversorgung geliefert. Das Auswärtige Amt hat für humanitäre Hilfe für Kambodscha 300 000 DM bereitgestellt (Lieferung von Plastikplanen und Moskitonetzen über das DRK, sowie Zelten, Planen, Decken, Notunterkünften, Medikamenten über die GTZ).

Außerdem werden Kambodscha im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit 15,0 Mio. DM für den Wiederaufbau von Straßen und anderer Infrastruktur als Zuschuss zur Verfügung gestellt.

6. Wie schätzt die Bundesregierung die Ernährungslage in Kambodscha für das kommende Jahr ein?

Insgesamt wurden 535 000 ha überflutet, davon gelten 303 000 ha Reisfelder als zerstört; auch Saatgut wurde in erheblichem Umfang vernichtet. Es ist daher von der Gefahr einer angespannten Nahrungsmittelversorgung in Kambodscha im kommenden Jahr auszugehen. Die Bundesregierung beobachtet die weitere Entwicklung der Situation aufmerksam und wird sich, falls erforderlich, bei der Europäischen Union für die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe einsetzen.

7. Zu welchen konkreten Ergebnissen hat die für Anfang Oktober vorgesehene Reise von Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul nach Kambodscha geführt?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Außerdem wurden Kambodscha 3,5 Mio. DM für die Rechtsberatung von Frauen und 4,0 Mio. DM für die Unterstützung der Dezentralisierung und lokalen Selbstverwaltung als Zuschuss zugesagt, was u. a. auch der effizienteren Vorbereitung und Durchführung der Gemeinderatswahlen zugute kommen soll.